

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei L. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Insertionspreise: Die kleine 6-gesp. Anzeigenzeile 15 A., die Restam- zeile 40 A. Bei unverändert Wiederholungs-Aufnahmen entsprechender Rabatt, für umfangreichere Aufträge günstige Zeilen-Abschlüsse. Offerten- zeichen od. Aufl. durch die Exp. 25 A.

Nr. 113

Dienstag, den 15. Mai 1917.

77. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Nr. G. 1600/3. 17. A. M. A.

amtlich Bekanntheit von Weiden, Weidenrinden, Weidenrinden und Weidenrinden.
Vom 15. Mai 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des A. G. L. (Landesregierung) hiernach zur allgemeinen Kenntnis ge- bracht mit dem Bemerkung, daß, soweit nicht nach den allge- meinen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, jede Zu- rückführung gegen die Meldepflicht nach § 5 der Bekannt- machungen über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915, 3. September 1915 und 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54, 56 und 684) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) unterjagt werden.

1. Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: alle Weiden und Weidenrinden, Weidenrinden, Weidenrinden und Weidenrinden.

2. Meldepflicht und Meldestelle.

Alle von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände 1) unterliegen einer dreimonatlichen Meldepflicht. Die Meldungen sind an die Holz-Meldestelle der Kriegs- Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin SW 11, Königsgrabenstraße 100 A, mit der Auf- schrift „Weidenbestandsaufnahme“ zu richten.

Nicht meldepflichtig sind Vorräte im Gewicht von 3 Zent- nern jeder Art und darunter.

3. Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind: 1. alle Personen, welche Gegenstände der im § 1 bezeichneten Art im Gewerbetriebe haben oder aus Anlaß ihres Handels- betriebes oder sonst des Erwerbes wegen kaufen oder ver- kaufen;

2. gewerbliche Unternehmer, in deren Betrieben solche Gegen- stände erzeugt oder verarbeitet werden;

3. Kommunen, öffentliche rechtliche Körperschaften und Verbände; Zur Meldung verpflichtet sind auch die vorgenannten Per- sonen u. a., die Weiden auf dem Stroh haben. Vorräte, die im am Trichter unterwegs befinden, sind vom Empfänger zu melden.

4. Stichtag und Meldefrist.

Für die Meldepflicht ist bei der ersten Meldung der beim Beginn des ersten Tages eines jeden Melde-Monats (Stichtag) vorhandene Bestand maßgebend. Die erste Meldung ist bis zum 25. Mai 1917, die folgenden Meldungen sind bis zum 10. August 1917, 10. November 1917, 10. Februar 1918, 10. Mai 1918 u. a. zu richten.

5. Meldeform.

Die Meldungen haben auf den vorgeschriebenen amtlichen Meldeform zu erfolgen, die bei der Holz-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 11, Königsgrabenstraße 100 A, anzu- nehmen sind.

Die Anforderung der Meldeform ist mit der Aufschrift „Weidenbestandsaufnahme“, mit deutscher Unterschrift und ge- nügender Adresse zu versehen. Der Meldeform darf zu anderen Zwecken als zu der Beantwortung der gestellten Fragen nicht verwendet werden.

Von den erstellten Meldungen ist eine zweite Ausfertigung (Abschrift, Fotokopie, Kopie) von dem Meldeform an- zugeben und aufzubewahren.

6. Lagerbuch und Auskunftserteilung.

Jeder Meldepflichtige (§ 3) hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratssummen und ihre Ver- änderung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige be- züglich des Lagerbuches führt, braucht ein besonderes Lagerbuch nicht eingerichtet zu werden.

Beauftragten Beamten der Militär- und Polizeibehörden ist die Prüfung des Lagerbuches sowie die Feststellung der Richtigkeit zu gestatten, in denen meldepflichtige Gegenstände zu vermuten sind.

7. Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung be- treffen, sind an die Holz-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Ab- teilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin SW 11, Königsgrabenstraße 100 A, zu richten und am Kopf des Schreibens mit der Aufschrift „Betriebs-Weidenbestands- aufnahme“ zu versehen.

8. Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 15. Mai 1917 in Kraft.
Frankfurt a. M., den 15. Mai 1917.
Vizepräsident des Generalkommandos des 18. Armee-Korps.

Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige An- gaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Verurteilte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat schuldig erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vor- schriftlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark, im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Butter- und Eierfahndung.

In der Stadt Haiger habe ich eine 3. Kreisfahndung für Butter und Eier und zwar in den Geschäftsräumen der Firma Fr. Busch Nachf. (Inh. Gustav Köhlinger) errichtet. Die Gemeinden Langenbach, Rabenfeld, Baldbach, Hammersbach, Allendorf, Haigerbach, Seimbach, Roden- bach, Jellerbach, Offbach, Dillbrecht, Oberrothbach, Nieder- rothbach und Weidenbach haben künftig ihre überschüssige Mengen an Butter und Eiern nicht mehr an die Kreisfahndung in Dillenburg, sondern an die obengenannte Sammel- stelle abzugeben.

Dillenburg, den 11. Mai 1917.

Der Königl. Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich ersuche Sie, zu veranlassen, daß die Kreisfahndung- scheinanträge mit sofort als möglich, spätestens aber bis zum 1. Juni d. J. eingereicht werden.

Dillenburg, den 11. Mai 1917.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Mai 1917.

Die zweite Ergänzung zum Etat (Erweiterung des Kriegsministeriums) wird ohne Debatte genehmigt. Es folgt die 2. Lesung des Gesetzesentwurfes, über: Verringerung des Kalligegesetzes.

Ein Antrag Antrich (Soz.) verlangt, daß die neuen Sätze am 1. 7. 1917 befristet werden und im Lohnbuch be- zogen werden. Von den übrigen Löhnen getrennt aufgeführt werden.

Abg. Stöwe (nlt.) tritt für eine Preiserhöhung des Kall ein.

Abg. Sasse (Soz.) erneuert den Antrag seiner Partei, um die Lohnzulagen für die Arbeiter sicherzustellen.

Abg. Götzel (nlt.) bezeichnet die Angaben des Kall-Syndikats über die Steigerung der Produktions- kosten für übertrieben und hält ein Monopol für nicht an- gebracht, und plädiert für eine Verstaatlichung der Kall- industrie.

Abg. v. Brochhausen (konf.) empfiehlt einen Antrag, betreffend die Zulagen, mit der Aussicht, daß das Gesetz nach den Wünschen des Reichstages ausgeführt wird, solle man die Kall-Produzenten der Einzelstaaten beauftragen, und die Kall-Produzenten dafür ausschalten.

Unterstaatssekretär Richter wendet sich gegen den so- zialdemokratischen Antrag und empfiehlt, den Antrag, betreffend die Zulagen, und die Kall-Produzenten, die noch das Ver- trauen der Arbeiter und Arbeitnehmer genießen, mit sol- chen Dingen zu beauftragen.

Der sozialdemokratische Antrag, die neuen Zulagen vom 1. 7. 1917 ab zu zahlen, wird angenommen und in dieser Fassung das ganze Gesetz in zweiter und dritter Lesung.

Es folgt die dritte Lesung des Haushaltsplanes. Es liegen folgende Anträge vor: ein Antrag Bartsch (Soz.) verlangt Einrichtungen im Reichsamt des Innern, zur Verwirklichung des Wohnungswesens; ein Antrag Graf v. Helldorf (konf.) fordert einheitlichen Ausbau von Wasser- strassen; ein Antrag der Sozialisten verlangt Teuerungszu- lagen für die bei der Post als Ausliefererinnen beschäftigten Arbeiterinnen.

Die Beratung beim Reichsamt des Innern.

Abg. Mehrfeld (Soz.) spricht über die Zensur; immer wieder sehen wir dieselben Übergriffe und Annahmen der Zensur. Das deutsche Volk, das jetzt um seine Existenz kämpft, muß von der Zensur endlich befreit werden.

Abg. Dr. Stresemann (nlt.): Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte ist eine der wichtigsten Aufgaben im Interesse der deutschen Volkswirtschaft.

Dr. Helfferich: Der schnelle Wiederaufbau unserer Handelsflotte ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um uns die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Position zu sichern. Wir werden einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, der dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt vor- gelegt werden wird.

Abg. v. Brochhausen (konf.) begründet den konservativen Antrag auf Aufstellung eines einheitlichen Wasser- strassenbauplanes. Weiter verlangen wir Förderung des Wohnungswesens.

Dr. Helfferich: Eine Kritik unserer wirtschaftlichen Mobilmachung wird am besten erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen sein. Was die gesetzliche Regelung des Wohnungswesens betrifft, trete ich ebenfalls für diese ein. Zum Ausbau der Binnen-Wasserstrassen werden heute in einem Ergänzungsetat 1.200.000 Mk. gefordert.

Abg. Dr. Dittmann (Soz.) spricht über die Reorientierung; der Redner führt Beschwerden über die Zensur und behauptet, daß seine Partei besonders verfolgt werde.

Dr. Helfferich protestiert gegen die maßlose Rede des Abg. Dittmann. Der Vergleich mit den früheren Zuständen in Rußland ist für das deutsche Volk aufs höchste beleidigend. Die Beschwerden über die Versammlungsbeschränkungen sind unbegründet, nachdem jetzt der ordentliche Rechtsweg er- öffnet ist.

Abg. Hansen (Däne) führt Beschwerde über die Ver- hältnisse in Nord-Schleswig.

Ministerialdirektor v. Maltz: Durch Beschlüsse des Reichstages vom Dezember ist für Anordnungen in Zensur- angelegenheiten für Aufsicht und Befehlsbefälle der mili- tärischen Oberbefehlshaber eingesetzt worden.

Abg. Bernstein (unabh. Soz.): Unter der Zensur lei- det nicht nur die Tagespresse, sondern auch der freie Schrift-

steller, der ganz wehrlos ist. Wer regiert denn eigentlich in Deutschland? Jeder Friede ist mir lieber, wie die Fort- dauer dieses Krieges!

Dr. Helfferich: Meinem Gefühl ist es ganz unerklär- lich, daß in der jetzigen Zeit solche Worte aus deutschem Munde gesprochen werden. Dem Abg. Bernstein erwidere ich: Lieber wollen wir untergehen, als einen schimpflichen Frieden schließen! (Beifall.)

Abg. Dittmann (Soz.): Der genannte Beschwerdebeweg ist sehr langwierig und führt nie zum Ziele, weil nur eine Verwaltungsinstanz entscheidet.

Abg. v. Landsberg (Soz.): Ich verstehe nicht, wie Dr. Helfferich für das Fortbestehen des Belagerungszustandes und der Zensur eintreten kann.

Abg. v. Helldorf (unabh. Soz.): Wir haben eine Mi- litärdiktatur, wie sie noch niemals in Deutschland da war. Damit schließt die Aussprache.

Der Haushalt des Reichsamtes des Innern wird angenom- men. Desgleichen der Antrag Bartsch über Wohnungs- fürsorge, sowie ein Antrag über die Fortdauer der im Kriege unterbrochenen Lebensversicherungen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Anfragen, Interpellationen über die Kriegsziele.

Die Räumungsbewegung Hindenburgs.

Ein Interview mit Kriegsminister v. Stein.

Berlin, 14. Mai. (B. A.) Dem seit Kriegsbeginn in Deutschland anwesenden Berichterstatter der argentinischen Zeitung „La Racion“ in Buenos Aires wurde vom Kriegsminister General der Artillerie v. Stein eine Unter- redung gewährt, deren Inhalt uns der genannte Bericht- erstatter auf unsern Wunsch freundlichst zur Verfügung ge- stellt hat.

„Euer Exzellenz ist bekannt, daß im französischen Senat am 11. März die heftigsten Vorwürfe erhoben wurden gegen die Maßnahmen, die die deutsche Oberste Heeresleitung bei der Zurücknahme der Front im Sommer-Abschnitt zur Ausführung brachte. Diese Anschuldigungen im fran- zösischen Senat fanden natürlich auch in den neutralen Län- dern großes Echo und riefen in einem Teile der Presse eine starke Entrüstung hervor. Man begegnet vielen Stimmen, die den Vorwurf der schweren Verletzung der Haager Konvention durch die deutsche Oberste Heeresleitung nicht ganz für unbegründet halten.“

„Es war anzunehmen, daß unsere Feinde die militärisch notwendigen Maßnahmen propagandistisch ausnützen würden, aber es wäre zu bedauern, wenn in neutralen Kreisen in- folge von Entstellungen und Unkenntnis der wahren Sach- lage eine falsche Auffassung Platz greifen würde. Wenn man im französischen Senat von der Verletzung der Artikel der Haager Konvention gesprochen hat, so muß ich das als eine absichtliche Verdrehung und eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnen. Die deutsche Oberste Heeresleitung war sich stets ihrer Pflicht bewußt, die nicht allein von den Haager Bestimmungen, sondern von der Menschlich- keit im allgemeinen vorgeschrieben werden. Betrachten Sie unsere besetzten Gebiete, Sie können hunderte von Einrichtungen finden, die zur Genüge beweisen, daß Deutschland für die Bewohner der besetzten Gebiete ein Maß von Fürsorge aufwendet, das über das von den Para- graphen der Haager Konvention vorgeschriebenen weit hin- ausgeht. Durch seine Fürsorge lebt die Bevölkerung des besetzten Gebietes noch in guten Verpflegungsverhältnissen. Ich glaube nicht, daß die Engländer und die Franzosen, für den Fall, daß sie in unserer Lage wären, derartige Rücksichten walten ließen. Man erinnere sich an den Burenkrieg! Aber das Gedächtnis unserer Feinde ist kurz, ihre Empfin- dlichkeit in allem, was wir Deutschen tun, übergrößen. In diesem Falle handelte es sich jedoch um eine grundsätzliche Verdrehung. Das geräumte Gebiet war besetztes Gebiet; bis zu den Tagen des Rückzuges wurde es den Gesetzen der Menschlichkeit und den Forderungen der Haager Konvention gemäß behandelt. Von den Tagen des Rückzuges an war es jedoch nicht mehr besetztes Gebiet, sondern es wurde zum Operationsgebiet, ja mehr noch zum Kriegsschaup- lay, für den ausschließlich militärische Gesichtspunkte maß- gebend sind.“

„Aber man behauptet, daß die deutsche Heeresleitung Maßnahmen getroffen habe, die weit über das Maß des Zulässigen und militärisch Notwendigen hinausgehen.“

„Ich bitte Sie, mir irgend eine dieser Maßnahmen zu nennen.“

„Man begreift im neutralen Ausland natürlich sehr wohl, daß die Straßen und Brücken zerstört, sowie Eisen- bahnen vernichtet, um das Nachdrängen der Franzosen und Engländer nach Belgien zu verhindern, aber man will nicht verstehen, daß Sie auch Dörfer und Ortschaften zerstört, sowie Wälder umschlagen und Brun- nen zerstört, ja selbst Alleen niederlegen.“

„Man begreift das nicht, weil man nicht begreift, was eine moderne Kriegsführung notwendig macht. Die meisten Leute, die heute urteilen, haben keine Ahnung von dem mo- dernen Krieg und den Anforderungen, die er an den Feld- herrn stellt. Die französischen und englischen Heerführer würden, wenn sie ihre aufrichtige Meinung äußerten, ganz anders urteilen, als die Journalisten und Senatoren. Als wir von dem Bogen an der Somme zurückgingen auf die Schne, handelte es sich nicht allein darum, das Vordringen des Gegners möglichst zu erschweren, sondern es handelte sich darum, für die Verfolgungskämpfe ein vorbereitetes Schlachtfeld und für spätere Vorfeldkämpfe ein günstiges Festungs- glück zu schaffen. Die Belgier taten dies vor An- werpen mit der gleichen Selbstverständlichkeit. Ein solches Vorfeld war früher 8-10 Kilometer tief. Die Kampfmittel,

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.
Madrid, 14. Mai. (B.B.) Wie die Zeitung
„Liberal“ berichtet, ist der Frachtdampfer „Carmen“
der Fahrt von Valencia nach Gatte mit Weinen, in
Nähe der Küste von Barcelona versenkt worden. (Weil
der Agence Havas.)

Kopenhagen, 14. Mai. Das Ministerium des Meeres
mit der dänische Dampfer „Eden“ auf der Reise
nach Afrika nach Dänemark via England mit Erd-
öl in der Nordsee versenkt worden ist. Von der
Besatzung in England angemeldet wurde, sind zwei
ausgekommen, der Rest in Verloren gelandet. Der
Dreimastschoner „Selge“, der auf der Reise von
England nach einem dänischen Hafen mit Kohle
in der Nordsee versenkt worden. Die Besatzung ist in
England gelandet.

Kopenhagen, 14. Mai. (B.B.) Das Ministerium
des Meeres meldet: Der dänische Dreimastschoner „So-
l“, auf der Reise zwischen britischen Häfen mit Ballast,
ist in der Nordsee versenkt worden.

Kopenhagen, 14. Mai. Der Verlust der norwegi-
schen Handelsflotte in der Woche vom 3. bis 12.
Mai beträgt 16 Schiffe mit 28 000 to, der Gesamtverlust
an Kriegsschiffen 509 Schiffe mit 730 029 to. 419 Mann sind
vermisst, 113 Mann werden vermisst.

Kopenhagen, 14. Mai. (B.B.) „Berlingske Ti-
dende“ meldet aus Stockholm: Wie die Kriegsversiche-
rungskommission mitteilt, beträgt die Zahl der schwedi-
schen Schiffe, deren Verlust unmittelbar oder mit-
telbar mit dem Krieg in Verbindung steht, 77 Dampfer
und 24 Segler mit zusammen 114 000 to.

Kopenhagen, 14. Mai. (B.B.) Im April wurden an der nie-
derländischen Küste 182 Minen angeschwemmt, davon 169
englischen, 8 deutschen und 7 unbekannten Ursprungs. Seit
Anfang des Krieges sind somit bis zu dem gleichen Zeitpunkt an
der niederländischen Küste 2079 Minen angeschwemmt worden;
davon 1414 englischen, 65 französischen, 265 deutschen und
339 unbekannten Ursprungs.

Zur Stockholmer Konferenz.

Kopenhagen, 14. Mai. (T.L.) Der hiesige „So-
zialdemokrat“ meldet aus Stockholm: Samstag nach-
mittag versammelte sich das skandinavische sozialdemokratische
Büro, vertreten durch Branning von der schwedischen
Seite, den Sekretär Gustav Möller und Söderberg.
Die Gäste wurden geladen die Begleiter Banderweide und
Zuhman, die Holländer Trooststra, van Kol, der
Russe Kubanowitsch, der Däne Borgbjerg. Es
wurde wegen der Einleitung der Friedenskonferenz ver-
handelt. Banderweide erklärte, er unterstütze die Frie-
denskonferenz und wolle versuchen, die französischen
und englischen Sozialdemokraten zur Teil-
nahme zu bewegen. Borgbjerg erklärte einen län-
geren Bericht über seine Reise nach Russland und die Ver-
handlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, der mit
seinem Beifall aufgenommen wurde. Man erhofft eine
Verhandlung auf der von den Russen und dem skandi-
nawischen Komitee geplanten Konferenz. Banderweide er-
klärte: Das Völker internationale Büro sei nach Lage
der Verhältnisse außer Stande die Konferenz einzuberufen,
muss er mit Freude die Initiative dem skandinavischen
Komitee überlassen. Das Völker internationale Büro
und Borgbjerg wurde durch Meinungsaustausch
angeführt und damit erledigt. Die Konferenz setzte am
Sonntag nachmittag ihre Beratungen fort.

Amerika.

New York, 14. Mai. (B.B.) Neutermeldung. Bei
einem Frühstück, das die Handelskammer der britischen Wöl-
fen gab, sagte Balfour, es sei der Traum seines Le-
bens gewesen, dass die englischsprechenden freilebenden
Völker der Menschheit sich enger zusammenschließen, dass dann
die vorübergehenden Ursachen von Meinungsverschiedenhei-
ten in ihren richtigen Perspektiven erscheinen würden. Er
in dem Ideal der amerikanischen Freundschaft unbedän-
klich treu geblieben u. werde es bleiben. Könnte jemand glauben,
dass er das wenn die Seemacht an Deutschland überginge, für
die Freiheit der Menschheit verwenden werden würde? Die
britische Flotte sei abichtlich in der Hoffnung geschaffen
worden, die Seemacht zu vernichten, in der die deutsche
Kriegsmarine eines der größten Bollwerke der Freiheit und
unabhängigen Verteidigungsmittel gegen die Welt Herrschaft
habe.

Wachsende Kriegsmüdigkeit im französischen Heere.

Berlin, 14. Mai. (B.B.) Mannschaften des franz.
Jägerbataillons der 4. Division brachten in ihrem Lager
in Baucourt, wo sie nach dem ersten Einsatz im
Krieg in Ruhe lagen, Aufschriften wie: „Wir gehen
nicht mehr vor, Rieder mit dem Krieg.“ an. Das
Jägerbataillon der 42. Division brachte ein Schild an,
auf welchem stand: „Wir werden in Stellung gehen,
wenn uns aber, anzugreifen.“ Das franz. 2.
Artillerieregiment der 4. Division brachte ein Schild an mit
der Aufschrift: „Wir gehen in die Feuerstellung,
werden aber nicht schießen.“ Bei dem großen An-
sturm in der Champagne am 30. April wurden Südfrenzo-
sen mit Marokkanern zum Angriff angelegt, wobei es
allerdings unklar blieb, ob die Südfrenzo- sen die Marokkaner
hätten sollten oder umgekehrt. Die Kriegsmüdigkeit greift
auch in das französische Offizierskorps über. Gefangene der
4. Division erklärten, dass man bei dem Angriff die Offi-
ziere vergeblich vorne suchte.

Französische Drohung mit Streik in den Munitionsfabriken.

Amsterdam, 14. April. (T.L.) Aus London wird
berichtet: Die radikalen französischen Sozialisten drohen mit
Streik in Munitionsfabriken, wenn die Regierung den Zefe-
ren die Reise nach Stockholm unmöglich mache. Die
Zukunft verbot im Hinblick auf die Stockholmer Konferenz
Friedenshoffnungen zu erwecken. In Frankreich sei die
Aufmerksamkeit auf amerikanische Truppensendungen allgemein.
Die Ansicht aller Kreise ist, dass die Engländer erschöpft sind
und dass sie den Sieg auf das nächste Jahr ver-
zögern. Gegen die beabsichtigte Einberufung des näch-
sten Jahres herrscht starke Opposition, so dass
die Regierung sie nicht durchzuführen mag. Transporte
nach Saloniki sind der englischen Regierung fast unmdg-
lich, so dass in politischen Kreisen die Meinung herrscht,
dass gegenwärtige Offensive in Mazedonien sei eine Vor-
bereitung zum Abzug der Saloniki-Armee. Liberale
englische Politiker äußerten, dass die Verbändsmächte den
Krieg verloren haben, weil Russlands militä-
rische Macht nicht wieder aufzubauen sei. Die
politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland seien
wegen den Krieg und arbeiten auf die Ruhe im Innern hin.
Wegen Lloyd George werde die Opposition in liberalen
Kreisen zusehends stärker. Die wirtschaftlichen Schwierig-
keiten in England überwiegen die Masse immer mehr von
der starken Wirkung der deutschen Tauchboote. Labour Lea-
der schreibt, dass die Liberalen jetzt Gelegenheit hätten,
Lloyd George zum Rücktritt zu zwingen, und die Kabi-
netbildung zum Friedensschluss selbst zu übernehmen. Lloyd
Georges Theorien hätten noch nirgends Erfolg gehabt. Eng-

land sei an dem Rande der Hungernot und gehe dazu
über, bei kleinen Völkern zu pumpen, um seine Finan-
zen im Gang zu halten. Das von Lloyd George geblen-
dete Volk sei im Ernachen.

Die Beschlüsse Petains.

Bern, 14. Mai. (B.B.) In Frankreich wird folgender
Erlaß veröffentlicht: Der Generallstabchef ist der Dele-
gierte des Kriegsministeriums für alle technischen Fragen, welche
die militärischen Operationen angehen und für die Leitung
der allgemeinen Hilfszweige des Landesgebietes. Der Gene-
rallstabchef gibt dem Kriegsminister einen technischen Rat
über: 1. Kriegsführung und Zusammenwirkung der alliierten
Armeen, 2. über allgemeine Operationspläne, welche von den
Oberbefehlshabern ausgearbeitet wurden; letztere sind allein
mit ihrer Ausführung betraut, 3. über den Plan für die Her-
stellung von Kriegsmaterial, Artillerie, Flugzeuge, Eisen-
bahnen usw., 4. über die Verteilung von Hilfsquellen des
Landes und der Materialbestände auf die verschiedenen Ope-
rationsgebiete, 5. über die Bewertung der Transportmittel
des Landesgebietes für Truppen, Kriegsmaterial und allge-
meine Bewegungen, 6. über alle Fragen, welche vom Kriegs-
minister dem Generallstabchef überwiesen werden. Personal-
fragen, auch betreffend der Generale, werden in der Hand
des Generallstabchefs zusammengefasst. Er ist Vorgesetzter
der französischen Militärmission und der Militärattachés im
Auslande. Die ausländischen Militärmissionen in Frank-
reich haben Vertreter beim Generallstabchef.

Clemenceau über den Tauchbootkrieg.

Bern, 14. Mai. (B.B.) Clemenceau spricht in
seiner Zeitung „L'Homme Enchaîné“ sein Erntommen aus,
dass das französische Marineministerium immer noch so-
zialistischen über die Schiffsbewegungen in den franzö-
sischen Häfen veröffentlichte, die dazu angetan seien, die
Ergebnisse des Tauchbootkrieges, die unheimlich, ja geradezu
katastrophal seien, zu verheimlichen. Clemenceau be-
richtet dann über die von der Entente getroffenen Abwehr-
maßnahmen, die bisher durchaus ungenügend seien. Man
müsse sich fragen, wo die französischen Tauchboote
blieben, während die deutschen sich bis in die Gironde-Mün-
dung hineinwagten. Er fragt, ob die französischen Häfen
nicht wie die deutschen durch Minengürtel geschützt seien.

Rußland.

Amsterdam, 14. Mai. (B.B.) Das Neutische Bu-
reau meldet aus Petersburg: Eine Bande von etwa
30 Anarchisten aus Petersburg und Schlüssel-
burg, die mit Gewehren, Revolvern und Bomben bewaf-
fnet war, setzte sich in den Besitz des Hauses des Her-
zogs von Leuchtenberg in der Nähe des Marien-
theaters, um darin ihr Hauptquartier aufzuschlagen. Sie
weigerte sich trotz einer Weisung des Arbeiter- und Soldaten-
rats, das Haus zu verlassen. Der Bezirkskommandant hat das
Haus von Truppen umstellt lassen. Nach einer weiteren
Depeche hat der Kommandant von Petersburg, Kornilow, seine Entlassung gegeben.

Stockholm, 14. Mai. Nach einem Telegramm des
Außenministers an die russische Gesandtschaft in Stockholm
wurde dem Schweizerischen Nationalrat Grimm,
der sich zur Zeit in Stockholm befindet und sich nach Peters-
burg begeben wollte, um über die Rückkehr der russischen Emi-
granten zu verhandeln, das Ueberschreiten der
Grenze verweigert. Das internationale sozialistische
Komitee in Stockholm ersuchte dringlich den Arbeiter- und
Soldatenrat um seine Intervention.

Die Doppelregierung.

Genf, 14. Mai. Aus Petersburg vom 13. Mai meldet
der Korrespondent des „Temps“: Die Lage bleibt ziemlich
gespannt, und die Weigerung der Vertreter der Arbei-
ter und Soldaten, sich an der Regierung zu be-
teiligen, ist nicht geclanet, sie zu bessern. Die Doppel-
regierung wird fortbestehen und das Ministerium Kow-
hinden, den zur Wiederherstellung der Ruhe nötigen Einfluss
auf das Land zu gewinnen. Während die gemäßigten So-
zialisten der Meinung sind, dass ein Konzen-
trationsministerium neuen Konflikten hätte vorbeugen kön-
nen, halten es die Extremen, die die Mehrheit bilden, für
unflug, in einem so schwierigen Augenblick den Vertretern
der Arbeiter einen Teil der Verantwortung für die Regie-
rung zuzuwenden. Die Maximalisten ihrerseits möchten zur
Durchführung ihres Friedensprogramms die gesamte
Regierungsgewalt in ihre Hand bringen und lehnen jede Trans-
aktion ab. So ist die Mehrzahl des Ausschusses der Ar-
beiter und Soldaten aus verschiedenen Gründen einig in dem
Entschluss, die Einladung der provisorischen Regierung ab-
zulehnen. Nicht haben sich der Abstimmung enthalten. Man
hofft trotzdem immer noch, dass die Bernunft die Oberhand
gewinnt und dass die Regierung, auf die große Mehrheit des
Landes gestützt, den Verpflichtungen nachkommen kann, die
Russland gegenüber seinen Alliierten hat. Die Vertreter
der Arbeiter und Soldaten beabsichtigen, Ende Mai Vor-
tragsreisen zu unternehmen, von denen man eine gün-
stige Wirkung für die provisorische Regierung erhofft. Auch
der Vollzugsausschuss der Duma ist wieder zu-
sammengetreten und stellt durchaus auf der Seite der Mi-
nister. Das Chaos kann nicht ewig währen, jeder sehnt
sich hier nach dessen Ende.

Räumung Petersburgs?

Stockholm, 14. Mai. Nach Mitteilungen aus Pe-
tersburg ist die Verhinderung der dortigen Bevölkerung
infolge der öffentlichen Beauftragung des Kriegsministers
durch die Interimregierung, einen aus Vertretern sämt-
licher Behörden sowie des Arbeiterrates bestehenden Aus-
schuss zwecks Vorbereitung der eventuellen Räu-
mung Petersburgs einzusetzen, erheblich gestiegen.
Ernstlich glaubt noch niemand an die Durchführung einer
solchen Maßnahme. Man erblickt aber ihren Zweck darin,
der Regierung den Vorschlag zu verschaffen, die Räumung
zu neuen politischen Ausfällen durch die Androhung der
militärischen Räumung niederzuhalten und gleichzeitig den
unruhigen Elementen den Vorschlag zu nehmen, die Ras-
senabreise der wohlhabenden Elemente zu hindern, die in
Anbetracht der Lebensmittelverhältnisse nicht un-
erwünscht erscheint. Wie verlautet, reisten in den letzten
Wochen zahlreiche russische Familien nach China
und Japan.

Aus geheimen rumänischen Akten.

Berlin, 14. Mai. (B.B.) Die „Norddeutsche Allge-
meine Zeitung“ schreibt: „Wie aus Bukarest gemeldet
wird, haben dort die deutschen Behörden, ähnlich wie seiner
Zeit in Brüssel, einen ganzen Stof geheimen diplo-
matischer Akten vorgefunden, die bei der eiligen Flucht
aus der Hauptstadt aus Unachtsamkeit zurückgelassen worden
sind. Diese Berichte und Telegramme geben einen inter-
essanten Einblick in das Treiben gewisser rumänischer Ver-
treter im Auslande, die mittels tendenziöser, oft geradezu
falscher Nachrichten, die sie von der Entente diplomatisch be-
zogen, alles aufboten, um Rumänien in den Krieg

gegen die Mittelmächte zu ziehen. Einer der eifrig-
sten in dieser Richtung war der frühere Gesandte in Sofia,
Derussi, dessen Tätigkeit in dieser Richtung durch eine
große Anzahl von Telegrammen jetzt offenkundig aufgedeckt
wird. Die Berichterstattung dieses Gesandten z. B. über
seine Unterredungen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten
Radostawow widerspricht häufig so sehr den handgreiflichen
Tatsachen, dass sie ganz wie bestellte Arbeit ausfällt. So
telegraphierte er u. a. am 7. und 9. September 1915 unter
Nummer 2186 bezw. Nummer 2209, anlässlich der Anwesen-
heit des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg in Sofia,
die deutsche Politik bemühe sich, Bulgarien gegen Rumä-
nien aufzubringen, während zu jener Zeit gerade das Gegen-
teile der Fall war.“

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 14. Mai. Der Kaiser hat dem General der
Infanterie v. Below und dem Oberleutnant von der Armee
Schmetz das Eichenlaub zum Orden pour le mérite, dem General
der Infanterie Wihura, dem Generalleutnant Dieffenbach,
dem Generalleutnant z. D. Dallmer, dem Generalmajor
v. Lewinski, dem Oberleutnant a. D. Bruchmüller
dem Major Steinwachs und dem Leutnant Wolff den
Orden pour le mérite verliehen.

Wien, 14. Mai. Wie bereits berichtet wurde, soll der
Prozess gegen Dr. Friedrich Adler wegen Ermorden des
Ministerpräsidenten Grafen Stürgg am 18. Mai vor dem
Ausnahmegericht beginnen, doch ist eine Verschiebung des Pro-
zesses nicht ganz ausgeschlossen, da zur Vernehmung über das
Verhältnis Dr. Friedrich Adlers zur sozialdemokratischen
Partei, die Abg. Dr. Victor Adler und Seitz als Zeugen
geladen werden sollen, die sich bekanntlich jetzt zu den sozia-
listischen Friedensbesprechungen nach Stockholm begeben ha-
ben.

Bern, 14. Mai. Wie der „Berner Bund“ berichtet,
wurde gestern ein Einbruch in das deutsche Konsulat ver-
sucht, nachdem ein solcher erst vor kurzer Zeit in das öster-
reichische Generalkonsulat gelungen war. Bei einem Rund-
gang entdeckten die Nachtwachen zwei unbekannte Männer,
die sich in das Konsulat hatten einschließen lassen. Die
Nachtwache nahm sofort die Verfolgung auf, schoß auf die
Eindringlinge, ohne daß jedoch dieselben getroffen wurden,
sobald es ihnen gelang, unerkannt aus dem Gebäude zu ent-
kommen.

Bern, 14. Mai. Wie aus Dokumenten, die das schwei-
zerische Zentralkomitee zur Rückkehr der politischen Emi-
granten nach Russland in der „Neuen Zürcher Ztg.“
veröffentlicht, hervorgeht, verspricht die hiesige englische
Gesandtschaft nur, täglich acht Passvise an die Russen
zu erteilen. Danach würde es vier Monate dauern, bis
die in der Schweiz befindlichen 800 russischen Emigranten
über England nach Russland zurückgeführt wären. Garantien
gegen die Anwendung der schwarzen Liste gegenüber be-
stimmten Emigranten will England nach wie vor nicht
geben.

Rotterdam, 14. Mai. (A.) Der „N. N. C.“ er-
klärt aus London: Die militärische Altersgrenze
wird auf 50 Jahre erhöht werden, aber der Dienst für
Männer über 41 Jahre soll freiwillig sein.

Kristiania, 14. Mai. Russische Kertze, die sich län-
gere Zeit in London aufhielten, berichten, daß König
Georg, als er letzten mit dem Premierminister Lloyd
George zum Tagortedienst zur Kathedrale fuhr, mit seinem
Begleiter von der Bevölkerung ausgepfiffen wurde. Die
Stimmung gegen Russland nimmt in England täglich an
Schärfe zu. England droht Russland immer unerbitt-
licher mit dem Einmarsch Japans, falls Russland Frieden
schließen wollte und stellt für diesen Fall die Eroberung
von Konstantinopel als das englische Kriegsziel hin, um
hierdurch auf den russischen Kriegswillen im englischen In-
teresse einzuwirken.

Tagesnachrichten.

Stuttgart, 14. Mai. (B.B.) Im Alter von 84 Jah-
ren ist gestern an einem Schlaganfall der Professor Dr.
Gustav Jäger gestorben. Er war der Erfinder der be-
kannten Jägerschen Wollfelleidung und hatte früher eine
Professur an der technischen Hochschule inne.

Lokales.

Mit dem 13. Mai 1917 ist eine Bekanntmachung Nr. G.
1000/3. 17. R.R.A. betreffend Bestandserhebung von
Weiden, Weidenstöcken, Weidenbüschen und
Weidenrinden in Kraft getreten. Durch diese Bekannt-
machung werden alle Weiden auf dem Stad- und gemein-
schaftlichen Weidenhöfen, Weidenbüschen und Weidenrinden einer drei-
monatlichen Meldepflicht unterworfen, sofern die Bäume in
den einzelnen Sorten mehr als 3 Zentner betragen. Die Mel-
dungen sind von den in der Bekanntmachung bezeichneten Per-
sonen mittels vorgegebener Meldeformulare an die Meldes-
stelle der Kriegs-Vollzugs-Abteilung des Königlich Preussischen
Kriegsministeriums in Berlin SW 11, Königsgräber Straße
100 A, welche auch für Anfragen und Anträge zuständig ist,
zu richten, und zwar die erste Meldung für den beim Beginn des
15. 5. 1917 (Erlaßtag) vorhandenen Bestand bis zum 25. 5.
1917. Bei den späteren, bis zum 10. 8., 10. 11. 1917, und
10. 2., 10. 5. 1918 uha. einzureichenden Meldungen ist der beim
Beginn des ersten Tages eines jeden Meldequartals tatsächlich
vorhandene Bestand maßgebend. Jeder Meldepflichtige, ist
außerdem zur Führung eines Vagerechtes soweit ein solches nicht
schon vorhanden ist, verpflichtet, aus dem jede Änderung in
Vorrat und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Der
Vorrat der bekanntmachung ist im Kreisblatt und bei den
Ortspolizeibehörden einzusehen.

Die Notiz betreffend die Einführung des Ausdrucks
„Kriegsunbrauchbar“ bedarf einer Klärung. Die Be-
zeichnung „Kriegsunbrauchbar“ wird nach dem Kriegs-
ministeriellen Erlaß künftig für solche Leute angedeutet, die
„garnison- und arbeitsverwendungsunfähig“ sind.

Wohltätigkeitskonzert. Das am Sonntag
in der Aula des Gymnasiums stattgefundene Wohltätigkeits-
konzert hatte, wie nicht anders zu erwarten war, vor gut be-
setztem Hause vollen Erfolg. Vor allem überraschte Herr
Alfred Böhn, der in der Sonate appassionata op. 57
von Beethoven sein großes Können, verbunden mit tiefer
Auffassung und Beherrschung des Stoffes offenbarte. Wie
Berlin zu einer Reihe reichten sich die Töne aneinander und
besonders der Mittelsatz der wundervollen Sonate kam durch
die vollendete Technik und den weichen Anschlag des Künst-
lers besonders zur Geltung. Wenn man vor Jahren Böhn
den Vorwurf eines harten, ungeschliffenen Vortrags machte,
so geschah das wohl damals nicht mit Unrecht, heute ist er
vollständig hinfällig; das bewies diese prachtvoll wieder-
gegebene Sonate. Nicht unerwähnt möchte ich noch das
geistvolle, prächtige Scherzo (für vier) von d'Albert lassen,
das neben dem Märchen „Liebestraum“ und der Kapodie

XII ganz besonders gefiel. Wenn etwas zu bedauern war, war es der Umstand, daß die Leistungen des Künstlers ein besseres Instrument verdient hätten, woran aber wohl die gegenwärtigen Transportschwierigkeiten Schuld tragen. ...

Lezte Holz-Versteigerung. Letzte Nachrichten. Zürich, 15. Mai. Der türkische Gesandte Selim Fuad ...

Lezte Holz-Versteigerung. Nut- und Brennholz-Versteigerung der Gemeinde Oberdorf (Dillkreis). Schuhmacher des Dillkreises. Die Bade- und Schwimm-Anstalt.